

sten Anzeichen von Unruhen auftraten, nicht zögern, sie mit allen möglichen Mitteln so schnell wie möglich zu beenden. Hierzu könne man auch zur Verhängung des Ausnahmezustands oder sogar zu noch härteren Mitteln greifen, um jegliche Einmischung aus dem Ausland zu verhindern. (RMRB, 27.4.92)

Deng Xiaoping hatte auch im Frühjahr 1991 in einem Gespräch mit ZK-Generalsekretär Jiang Zemin gefordert, künftige Unruhen ohne Verzögerung im Keim zu ersticken. Die entsprechende Gesprächspassage wurde in der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* wie folgt zitiert:

"Deng: Was sollte unternommen werden, wenn noch einmal Unruhen ausbrechen?"

Jiang Zemin: 'Dann wird der Ständige Ausschuß [des Politbüros des ZK der KPCh] kollektiv über Gegenmaßnahmen beraten.'

Deng Xiaoping: 'Sie müssen sofort unterdrückt werden! Je später [wir dagegen vorgehen], desto größer wird ihr Ausmaß und desto schwieriger wird es sein, die Ordnung wiederherzustellen... Was soll denn unternommen werden, wenn der Ständige Ausschuß kollektiv berät, und es dann wieder zu Meinungsverschiedenheiten kommt? Zunächst muß die Armee eingesetzt werden, und erst dann erfolgt das politische Zeremoniell!' (*Zhengming*, Juni 1991, S. 8) -sch-

*(10)

KP-Chef Jiang: Die Partei ist geeint

In einem Gespräch mit japanischen Journalisten am 1. April 1992 erklärte ZK-Generalsekretär Jiang Zemin auf eine Frage nach den Auseinandersetzungen zwischen der "Reformfraktion" und der "konservativen Fraktion", daß die KP Chinas geeint sei. Die gesamte Partei unterstütze einhellig den von Deng Xiaoping eingeführten Kurs der Reform und Öffnung und des Aufbaus des Sozialismus chinesischer Prägung. Jene Ausländer, die die KPCh in die eine und andere Fraktion unterteilten, würden die Lage in China nicht richtig begreifen. (RMRB, 3.4.92; vgl. das Thema in diesem Heft über die jüngste Reforminitiative Deng Xiaopings.)

Auf die Frage nach seinem vor drei Jahren gestürzten Vorgänger erklärte Jiang, daß Zhao Ziyang nach wie vor Parteimitglied sei und daß sein Fall von der Partei weiter untersucht werde, "um eine abschließende Stellungnahme zu finden". (BRu, Nr. 14/1992, S. 7) -sch-

Kultur

*(11)

Staatliches Programm für die mittel- und langfristige Entwicklung von Wissenschaft und Technik

Der Staatsrat hat kürzlich ein staatliches Programm für die mittel- und langfristige Entwicklung von Wissenschaft und Technik gebilligt, dessen Wortlaut die *Volkszeitung* am 11.4.1992 abdruckte. Das Dokument ist Ausdruck des Bestrebens, die großen wirtschaftlichen Ziele für die kommenden Jahrzehnte zu erreichen, nämlich die (zu Beginn der Reformperiode anvisierte) Vervierfachung des Bruttoproduktionswertes der chinesischen Volkswirtschaft bis zum Jahre 2000 und die Entwicklung Chinas zu einer mittleren Industriemacht bis zur Mitte des nächsten Jahrhunderts. Die chinesische Führung ist sich bewußt, daß diese Ziele nur durch eine verstärkte Förderung von Wissenschaft und Technik zu erreichen sind. Deshalb wird in jüngster Zeit wieder Deng Xiaopings Devise "Wissenschaft und Technik sind die erste Produktivkraft" besonders betont, eine Initiative, die in engem Zusammenhang mit der neuerlichen Belebung der Reform- und Öffnungspolitik durch Deng Xiaoping zu sehen ist.

Ziel des Programms ist es, Strategie, Richtung, Politik und Schwerpunkte für die mittel- und langfristige wissenschaftlich-technische Entwicklung bis zum Jahr 2000 und 2020 festzulegen, deren Kennzeichen eine koordinierte Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie Wirtschaft und Gesellschaft ist. Das Programm ist getragen von dem Gedanken, daß Wissenschaft und Technik die wichtigste Produktivkraft sind und daß die einzige Hoffnung für China in der Wissenschaft liegt (so auch der Titel eines Leitarti-

kels der *Volkszeitung* vom 13.4.92). Aufgrund der Erfahrungen von vierzig Jahren, so heißt es, werden in dem Programm u.a. folgende Rahmenbedingungen für die wissenschaftlich-technische Arbeit genannt:

- Festhalten an der Führungsrolle der Partei und am sozialistischen Weg;
- Festhalten an der Reform- und Öffnungspolitik, d.h. Verbesserung der Planungsmechanismen und zugleich Stärkung der Regulierung durch den Markt, beschleunigte Umsetzung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse in der Produktion, Förderung der Integration von Wissenschaft und Technik mit der Wirtschaft; auf der Grundlage der Unabhängigkeit und Selbständigkeit fortgeschrittene Erfahrungen und wissenschaftlich-technische Errungenschaften vom Ausland übernehmen, um die wissenschaftlich-technische Entwicklung im eigenen Lande zu beschleunigen;
- Verbindung von Führungskadern, Wissenschaftlern und Technikern sowie Arbeitern und Bauern zwecks Förderung der Anwendung und Verbreitung wissenschaftlich-technischer Kenntnisse;
- Wertschätzung von Wissen und von Fachleuten;
- Betonung der internationalen Zusammenarbeit aufgrund der Internationalisierung von weltwirtschaftlicher Entwicklung und Fortschritten in Wissenschaft und Technik.

Ferner wird in dem Programm ausgeführt, daß die wissenschaftlich-technische Entwicklung die Bedingungen Chinas zu berücksichtigen habe, nämlich hohe Bevölkerungszahl, knappe Bodenressourcen, unterentwickelte gesellschaftliche Produktivkraft, Anteil von 80% Bauern an der Bevölkerung. Engpässe in der sozioökonomischen Entwicklung ergeben sich aufgrund der hohen Bevölkerung und in bezug auf die Ressourcen und die Umwelt. Die Bevölkerung, so heißt es, habe schon 1,1 Mrd. überschritten und werde in den zwanziger Jahren des nächsten Jahrhunderts 1,5 Mrd. betragen. Obwohl China relativ reich an den meisten Rohstoffen sei, reiche die durchschnittlich pro Kopf zur Verfügung stehende Menge nicht aus. Der durchschnittliche Pro-Kopf-Anteil an Agrarland betrage ein Drittel des durchschnittlichen Wertes in der Welt, an Süßwasser ein Viertel, an Waldfläche ein Fünftel und an Energie die Hälfte.

Entsprechend diesen Gegebenheiten richtet sich die Strategie der wissenschaftlich-technischen Entwicklung darauf, das Potential von Wissenschaft und Technik auf die Volkswirtschaft zu lenken und mit Hilfe der fortgeschrittenen Technik der Welt die technische Erneuerung aller Gebiete der Volkswirtschaft zu beschleunigen. Wissenschaft und Technik sollen das Schwergewicht darauf legen, die Produktionstechniken und -ausrüstungen zu modernisieren und gleichzeitig planmäßig und schwerpunktmäßig neue Hochtechnologie einführen. Als strategische Ziele werden u.a. die Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung, die Lösung der Probleme bei der Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft, Einschränkung des Bevölkerungswachstums sowie Kompensation der Ressourcen- und Umweltsituation genannt. Auf einigen wissenschaftlich-technischen Gebieten will China weiter an der Weltspitze stehen, und auf einigen Schwerpunktgebieten der Hochtechnologie und der Grundlagenforschung will es Weltniveau erreichen. Bis zum Jahr 2000 will es darüber hinaus das technische Niveau der wirtschaftlich entwickelten Länder der siebziger oder frühen achtziger Jahre erreichen, bis zum Jahr 2020 das technische Niveau derselben Länder zu Beginn des 21. Jh.

Als wichtigste Schwerpunkte der wissenschaftlich-technischen Entwicklung werden in dem Programm die folgenden angegeben:

In bezug auf die Landwirtschaft sollen Agrarwissenschaft und -technologie gefördert werden, insbesondere Methoden zum Schutz und zur Ausnutzung des vorhandenen Agrarlandes sowie Erschließung neuer Quellen für Nahrungsmittel. In bezug auf die Industrie soll die Forschung auf den Gebieten Energie, Verkehr und Transport, Informatik, Materialkunde, Mechanisierung, EDV, Kosmüter- und Leichtindustrie intensiviert werden. In bezug auf die gesellschaftliche Entwicklung sollen Bevölkerungswissenschaft, Meteorologie, Maßnahmen zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung und Medizin (insbesondere auch chinesische Medizin) im Mittelpunkt stehen, bei den neuen Hochtechnologien Mikroelektronik, Biotechnik, neue Werkstoffe, Luft- und Raumfahrttechnik.

Ausführlich werden in dem Programm auch Ausführungen zur Reform des Wissenschaftssystems und zum Wissenschaftsaustausch und der internationalen Zusammenarbeit gemacht. Im letzten Kapitel schließlich geht es um die Wissenschaftspolitik, insbesondere um Finanzen, Verwaltung und bildungspolitische Fragen.

Insgesamt gesehen, enthält das Programm keine neuen Inhalte. Vielmehr stellt es eine Zusammenfassung aller bestehenden Pläne und Programme dar, kann also als der bisher umfassendste Plan betrachtet werden. Seine Bedeutung liegt zudem darin, daß es über das Jahr 2000 hinausgeht und die Zielvorstellungen bis in die zwanziger Jahre des 21. Jh. aufzeigt. -st-

*(12)

Vollversammlung des Wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften

Vom 20. bis 25.4.92 fand die 6. Vollversammlung des Wissenschaftlichen Rates der Chinesischen Akademie der Wissenschaften in Beijing statt (vgl. RMRB, 21. u. 26.4.92). Sie ist das höchste Entscheidungsorgan der Akademie. Zum Wissenschaftlichen Rat zählen heute 509 Wissenschaftler, nachdem er vor kurzem um 210 Mitglieder erweitert wurde. An der Vollversammlung nahmen 456 Mitglieder teil. Die Tagung stand ganz im Zeichen der Neubelebung der Reform- und Öffnungspolitik durch Deng Xiaoping und dessen Motto, daß Wissenschaft und Technik die erste Produktivkraft sind. Den Vorsitz führte der Präsident der Akademie, Zhou Guangzhao, der auch den Geschäftsbericht vortrug, während der Präsident der Vollversammlung, Yan Jici, die Eröffnungsrede hielt. Als wichtigste Rede ist jedoch diejenige von Ministerpräsident Li Peng anzusehen, der gleich am ersten Tag zu den Wissenschaftlern sprach. Er rief diese dazu auf, sich voll und ganz für die sozialistische Modernisierung des Landes zu engagieren und Wissenschaft und Technik an den Bedürfnissen der Wirtschaft auszurichten. Zugleich verlangte er die beschleunigte Reform der Wissenschaftsverwaltung sowie die Modernisierung und Neustrukturierung der großen und mittleren Betriebe, um deren Produktivität zu steigern. Vor allem komme es darauf an, wissen-

schaftlich-technische Forschungsergebnisse schnell in die Praxis umzusetzen. Li Peng bejahte die Politik, Landwirtschaft, Wissenschaft und Erziehung miteinander zu verbinden, die sich bereits bewährt habe. Desgleichen hieß er die Gründung der 27 Zonen für die Entwicklung von Hoch- und neuen Technologien gut. Insbesondere High-Tech- und Grundlagenforschung dürften den Anschluß an die Weltspitze nicht verlieren; auf diesen Gebieten seien internationale Zusammenarbeit und Austausch nötig. Im übrigen betonte er die beratende Funktion der Wissenschaftler und rief die im Ausland studierenden Wissenschaftler und Studenten auf, in die Heimat zurückzukehren und ihrem Vaterland zu dienen.

Während der Tagung der Vollversammlung empfing Generalsekretär Jiang Zemin einen Teil der Mitglieder des Wissenschaftlichen Rates der Akademie in seinem Amtssitz. Dabei bekräftigte er, daß man zuerst die Wissenschaft voranbringen müsse, bevor man die Wirtschaft voranbringe. Jiang Zemin bestätigte auch die neue Reform- und Öffnunginitiative und betonte die wichtige Rolle der Wissenschaftler und Techniker für die sozioökonomische Entwicklung, insbesondere für die Lösung der Probleme, die bei der Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft entstehen, einschließlich des Bevölkerungsproblems. Schließlich wies er darauf hin, daß die neunziger Jahre die entscheidende Periode für die Modernisierung Chinas seien. Die gesamte Partei und das ganze Volk setzten ihre Hoffnung in die Wissenschaft. (RMRB, 25.4.92)

Auf der Vollversammlung wurden ein neues Präsidium und die Direktoren der fünf Abteilungen der Akademie gewählt. Präsident wurde wiederum Zhou Guangzhao (RMRB, 26.4.92).

Die erste Vollversammlung des Wissenschaftlichen Rates der Chinesischen Akademie der Wissenschaften fand im Juni 1955 statt; damals umfaßte sie 233 Mitglieder. Die zweite Vollversammlung trat im Mai 1957 zusammen (Erweiterung um 21 neue Mitglieder), die dritte im April 1960 (als einzige übrigens in Shanghai, während alle anderen Vollversammlungen nach Beijing einberufen wurden), die vierte im Mai 1981 und die fünfte im Januar 1984

(vgl. RMRB, 21.4.92, S.4). Seit dem letzten Treffen waren also gut acht Jahre vergangen.

Die Tagung des Wissenschaftlichen Rates der Akademie der Wissenschaften zeigte deutlich, daß in die Reformpolitik wieder Bewegung gekommen ist - zum Nutzen der wissenschaftlich-technischen Forschung, die dringend verstärkte finanzielle Förderung benötigt. Wissenschaftler und Techniker werden zweifellos von der veränderten Lage profitieren, z.B. durch zusätzliche Privilegien wie Belohnungen, Zuschüsse und mehr Freiheit. Zumal die Wirtschaftssonderzonen locken mit höheren Gehältern. Allerdings ist anzumerken, daß derlei Vergünstigungen wie überhaupt die Wertschätzung für Wissenschaftler in erster Linie den Naturwissenschaftlern zugute kommen, während sich die Geistes- und Sozialwissenschaftler nicht in der günstigen Lage befinden, von Partei und Regierung umworben zu sein. -st-

* (13)

Vorzugsbehandlung für Wissenschaftler und Experten

Wissenschaftler, Techniker und Experten erhalten für besondere Verdienste Sonderzuwendungen. So zahlt der Staat seit 1990 für besondere Leistungen pro Person einen Zuschuß von 100 Yuan monatlich. 1990 und 1991 sind 11.000 Fachleute durch solche Sonderzuwendungen belohnt worden. In diesem Jahr soll die Zahl derjenigen, die in den Genuß dieser Vergünstigung kommen, wesentlich erhöht werden. Für die Gratifikation sollen in diesem Jahr insbesondere Wissenschaftler und Techniker mittleren und jüngeren Alters ausgewählt werden. In Frage kommen Personen, die in Institutionen der Zentrale oder auf Provinzebene arbeiten. (RMRB, 17.4.92)

Neben Zuschüssen zum Gehalt erhalten verdienstvolle Wissenschaftler und Techniker auch einmalige Belohnungen oder Preise für Erfindungen oder besondere Leistungen. So hat die Provinzregierung Sichuan kürzlich zehn Wissenschaftler und Techniker ausgezeichnet, sechs von ihnen mit je 100.000 Yuan, die übrigen vier mit je 50.000 Yuan. In allen Fällen handelte es sich um Erfindungen, die hohe wirtschaftliche Gewinne einbrachten. Die

Provinzregierung hatte die Preise erst in diesem Jahr eingerichtet. (XNA, 26.4.92)

Zumal die südchinesischen Wirtschaftssonderzonen werben Wissenschaftler aus ganz China mit Sondervergünstigungen an. In Zhuhai beispielsweise ist ein Fonds von 10 Mio. Yuan eingerichtet worden, der teils für die Vergabe wissenschaftlich-technischer Preise verwendet wird, teils dazu dient, Sondervergünstigungen für hochqualifizierte Wissenschaftler und Techniker zu finanzieren. In Zhuhai wurde beispielsweise ein "Wissenschaftlerdorf" mit mehreren Dutzend Villen gebaut. Neben Geldzuwendungen gehören auch Autos zu den Sondervergünstigungen für hervorragende Wissenschaftler und Techniker. (XNA, 13.4.92)

Eine weitere Art von Sonderzuwendung für Wissenschaftler besteht z.B. in der Gewährung von Lebensversicherungen. So kamen kürzlich in Shanghai 156 Wissenschaftler im Alter zwischen 40 und 55 Jahren in den Genuß einer kostenlosen Versicherung. Sie waren von der Staatlichen Kommission für Wissenschaft und Technik aufgrund hervorragender Leistungen für diese Vergünstigung ausgewählt worden. (XNA, 26.4.92) Auch bescheidenere Privilegien kommen Akademikern zugute. In Tianjin hat die städtische Xinhua-Buchhandlung Ausweise an Akademiker vergeben, mit denen sie Bücher zu Vorzugspreisen erwerben und die Bücher nach Gebrauch wieder an die Buchhandlung verkaufen können. (XNA, 29.4.92)

Die Sonderbehandlung von Wissenschaftlern und Technikern in Form großer und kleiner Vergünstigungen ist Ausdruck des derzeitigen allgemeinen Werbens um diese Gruppe. Es ist abzusehen, daß Deng Xiaopings jüngst vorgebrachtes Motto, Wissenschaft und Technik seien die Hauptproduktivkraft, zu einem neuen Wissenschaftsboom führt. Die Regierungen aller Ebenen wetteifern um die besten Fachleute, weil sie sich von ihnen eine Belebung ihrer Wirtschaft erhoffen. Zudem sollen die Vergünstigungen Wissenschaftler und Techniker gegenüber dem Regime verpflichten und nicht zuletzt auch auf die im Ausland Studierenden einen positiven Einfluß ausüben. -st-

* (14)

Bessere Bedingungen für zurückkehrende Wissenschaftler

Die Chinesische Akademie der Wissenschaften will weiterhin Wissenschaftler ihrer Institute zur Weiterbildung ins Ausland schicken und zusätzliche Mittel bereitstellen, um für die Rückkehrer bessere Bedingungen zu schaffen. Dies wurde anlässlich einer Tagung der Akademie über Auslands-wissenschaftler bekannt. Wissenschaftler der Akademie studieren derzeit in 41 Ländern und Gebieten, darunter USA, Kanada, England, Frankreich, Deutschland, Japan und Italien. Bis Ende 1991 sollen bereits 3.742 von ihnen nach China zurückgekehrt sein. (Wieviele insgesamt einen Forschungsaufenthalt im Ausland wahrnehmen, wurde nicht mitgeteilt.) Ein großer Teil der Rückkehrer hat im Ausland wissenschaftliche Grade erworben und in China entsprechende Positionen erhalten. Um den Rückkehrern mehr Anreize zu geben, will die Akademie der Wissenschaften von diesem Jahr an jährlich 3 Millionen Yuan zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit der Rückkehrer bereitstellen. Außerdem will die Akademie eine flexible Personalpolitik betreiben. Sie habe Verständnis dafür, wenn ein Wissenschaftler aus verschiedenen Gründen vorläufig nicht nach China zurückkehren wolle; zugleich hoffe sie jedoch auch bei den im Ausland weilenden Wissenschaftlern auf Verständnis dafür, daß die Institute die reservierten Positionen neu besetzten, um den Fortgang der Forschungsarbeit zu gewährleisten. (GMRB, 10.4.92)

Man muß davon ausgehen, daß ein Teil der ins Ausland entsandten Wissenschaftler nicht fristgerecht nach China zurückkehrt. Dennoch dürfte der Anteil geringer sein als bei den Studenten. Normalerweise wird der Arbeitsplatz für einen im Ausland weilenden Wissenschaftler ein Jahr lang reserviert. In Ausnahmefällen kann eine Verlängerung gewährt werden (vgl. die Bestimmungen für das Auslandsstudium C.a. 1987/6, Ü 24). -st-

* (15)

Berufliche Bildung auf dem Lande

Nach Angaben der Staatlichen Erziehungskommission wurden im vergangenen Jahrzehnt etwa 100 Millionen

Menschen auf dem Lande berufsbildende Kurse angeboten. Während des 6.Fünfjahrplans (1980-85) soll die Zahl der ländlichen Berufsschulen von 714 auf 6.444 und die Zahl der Schüler von 147.000 auf 1,84 Millionen angewachsen sein. Die Zahl der Berufsschullehrer soll im Zeitraum zwischen 1986 und 1990 von 116.000 auf 195.000 gestiegen sein, und zugleich sollen die Lehrer besser qualifiziert gewesen sein. Wie es weiter hieß, wird der Schwerpunkt auf die Verbindung von Ausbildung und wirtschaftlicher Entwicklung gelegt, u.a. durch flexible Kurse, pragmatische Unterrichtsansätze und die Verbreitung neuer Techniken. Es wurde allerdings auch darauf hingewiesen, daß die berufliche Bildung auf dem Lande noch längst nicht den Bedürfnissen entspricht. Insbesondere fehlt es an Ausbildungskapazität auf der Ebene der Sekundarstufe I, da die Berufsschulen zum weitaus überwiegenden Teil auf der Ebene der Sekundarstufe II angesiedelt sind. Den offiziellen Angaben zufolge ist jedes Jahr ein Zuwachs von 5 Millionen Abgängern von ländlichen Grundschulen zu verzeichnen, die eine berufliche Ausbildung brauchten. Die Ausbildungskapazität auf dieser Ebene reicht allerdings nur für 194.000. (XNA, 4.4.92)

Die berufliche Bildung ist der am wenigsten entwickelte Sektor des chinesischen Bildungswesens. Gilt dies schon für die Städte, um wieviel mehr für die ländlichen Gebiete. In diesen hat zwar die Zahl der Berufsschulen und der Berufsschüler stark zugenommen, wie oben angegeben, aber dieser Zuwachs bezieht sich wahrscheinlich nur auf Schüler der Sekundarstufe II. Was jedoch viel dringender vonnöten ist, wäre die Schaffung neuer Ausbildungskapazitäten auf der Sekundarstufe I. -st-

*(16)

Vorschriften zur Durchführung des Schulpflichtgesetzes erlassen

Am 1.April 1992 wurden in Ergänzung zum Schulpflichtgesetz von 1986 "Detaillierte Vorschriften zur Durchführung des Schulpflichtgesetzes" der Öffentlichkeit bekanntgegeben. Sie waren bereits Mitte März vom Staatsrat gebilligt und von der Staatlichen Erziehungskommission erlassen worden (RMRB, 2.4.92). Den Wortlaut veröffentlichten die *Volkszeitung* und

Guangming-Zeitung am 4.4.92. Auf einer Pressekonferenz hieß es, das im Juli 1986 in Kraft getretene Schulpflichtgesetz habe zwar Erfolge gebracht, doch bedürfe es noch weitaus größerer Anstrengungen, um die neunjährige Schulpflicht überall einzuführen. Ziel sei es, das Niveau der Werktätigen anzuheben. Dies sei unbedingt erforderlich, um die wirtschaftliche Entwicklung und das Tempo der Reform und Öffnung zu beschleunigen. Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen und einschlägiger Bestimmungen zum Schulpflichtgesetz habe man die "Detaillierten Vorschriften" festgelegt. Jetzt komme es darauf an, dieses Dokument zu studieren und zu propagieren und den Kadern und der Bevölkerung klarzumachen, daß das Gesetz streng einzuhalten ist und Verstöße verboten sind. (RMRB, 2.4.92)

Die in acht Kapitel und 46 Artikel untergliederten Vorschriften legen u.a. folgendes fest:

Unter den "Allgemeinen Grundsätzen" (Kap.1) werden u.a. Erläuterungen zum Einschulungsalter gemacht, das die Provinzen je nach den örtlichen Bedingungen verschieben können (Art.2), ferner zu den Zuständigkeiten. Verantwortlich für Organisation und Verwaltung des Schulwesens sind die örtlichen Regierungen (Provinz, Kreis, Gemeinde) (Art.3-5).

In Kap.2 ("Maßnahmen für die Durchführung") wird zugestanden, daß die Einführung der neunjährigen Schulpflicht in zwei Etappen erfolgen kann: zuerst auf Grundschul-, dann auf Mittelschulebene (Art.7). Art.8 nennt die infrastrukturellen Mindestvoraussetzungen für die Einführung der Schulpflicht. Art.10 legt fest, die allgemeine Grundschulpflicht bis zum Ende des Jh. in ganz China, die neunjährige Schulpflicht (Grundschule und Sekundarstufe I) im größten Teil Chinas einzuführen; die Provinzregierungen sollen dafür genaue Zeitpläne aufstellen.

In bezug auf den Schulbesuch selbst (Kap.3) werden die Einschulungsmodalitäten (Art.11), die Befreiung von der Schulpflicht (Art.12) und Maßnahmen zur Durchsetzung der Schulpflicht (Art.13) festgelegt. Auf Antrag kann ein Kind auch an einem anderen als seinem Wohnort zur Schule gehen (Art.14). Nach Beendigung der Schule werden Abschluszeugnisse

vergeben (Art.15); Überspringen ist möglich (Art.16). Art.17 und 18 regeln die Schulgeldfrage. Grundsätzlich besteht Schulgeldfreiheit, jedoch können bestimmte Gebühren erhoben werden - allerdings nur im gesetzlichen Rahmen. Unter bestimmten Voraussetzungen können bedürftige Familien durch Stipendien unterstützt werden.

Kap. 4 enthält Bestimmungen zu Erziehung und Unterricht. Diese müssen sich nach der staatlichen Bildungspolitik richten, sozialistisch ausgerichtet sein und die Erziehung mit produktiver Arbeit verbinden (Art.19). Es dürfen nur vom Staatsrat oder den Erziehungsbehörden auf Provinzebene gebilligte Lehrbücher verwendet werden (Art.21). Körperliche Strafen sind nicht erlaubt (Art.22). Allgemeinbildende Schulen können entsprechend den jeweiligen sozioökonomischen Bedingungen berufsbildenden oder berufsvorbereitenden Unterricht oder Unterricht in Arbeitstechniken erteilen (Art.23). Zur Unterrichtssprache heißt es in Art.24, daß an allen regulären Schulen beim Unterricht und bei sonstigen Aktivitäten in ganz China die Allgemesinsprache (*putonghua*) zu verwenden ist; ausdrücklich hat dies für alle Lehrerbildungsanstalten zu gelten. In Gebieten mit nationaler Autonomie sollen die Selbstverwaltungsorgane der autonomen Gebiete über Unterrichtssprache, -inhalt usw. entscheiden. Schulen, die eine gängige Minderheitensprache verwenden, sollen in den letzten Klassen der Grundschule oder in der Mittelschule, ggf. auch früher, Unterricht in Chinesisch einrichten (Art.25).

Kap.5 behandelt das Problem, wie die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht gewährleistet werden kann. Die Lokalregierungen der Städte und Kreise sind verpflichtet, für eine angemessene Verteilung der Schulen zu sorgen (Art.26). Die Ausgaben für das reguläre Schulwesen sollen von der Provinzregierung festgelegt werden. Diese soll auch Normen für die durchschnittlich pro Schüler aufgewendeten öffentlichen Ausgaben aufstellen (Art.27). Die Lokalregierungen aller Ebenen müssen in ihrem Haushalt die finanziellen Mittel bereitstellen, die für die Durchführung der allgemeinen Schulpflicht und entsprechende Investitionen erforderlich sind. Sie haben dafür Sorge zu tragen, daß die Zuwachsrate des Bildungsetats höher zu liegen hat als die

Zuwachsrate der regulären Einkünfte. Arme Gebiete sollen von der Zentrale oder den örtlichen Regierungen unterstützt werden (Art.28). Die gesetzmäßig erhobene Ergänzungsabgabe für das Erziehungswesen soll in den Städten in den Haushalt eingebracht und im Einvernehmen mit der Finanzbehörde gleicher Ebene für die Verbesserung des Schulwesens verwendet werden. Auf dem Lande soll dieses Geld von der Gemeindeverwaltung verwaltet und hauptsächlich zur Aufstockung der Gehälter von Lehrern, die von Kollektiven bezahlt werden und staatliche Zuschüsse erhalten, sowie zur Verbesserung der Schulsituation und Aufstockung der öffentlichen Mittel verwendet werden. Die Einkünfte aus den Schul-Arbeits-Programmen sollen teilweise für die Verbesserung des Schulwesens verwendet werden (Art.29). Die örtlichen Regierungen sind für die rechtzeitige Versorgung mit Lehrbüchern und Schreibmaterial zuständig (Art.31). Die Provinzregierungen haben die Lehrerbildung sicherzustellen (Art.32). Die Erziehungsbehörden der einzelnen Verwaltungsebenen sind für die Verbesserung des ideologisch-politischen und fachlichen Niveaus der Lehrer ebenso wie der Schulleiter zuständig. Die Ausbildung berufstätiger Schulleiter und Lehrer obliegt den örtlichen Erziehungsbehörden auf Kreisebene und darüber (Art.33).

Zur Schulverwaltung und Schulaufsicht (Kap.6) heißt es in Art.34, die örtlichen Regierungen aller Ebenen sollen zur Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht ein Verantwortlichkeitssystem einführen, bei dem die Verantwortung bei den zuständigen Personen liegt. Die Regierungen auf und über der Kreisebene müssen die Voraussetzungen für Aufsicht, Leitung und Überprüfung der Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht schaffen (Art.35). Verwaltung, Leitung und Aufsicht über die Schulen liegen bei den jeweiligen örtlichen Regierungen und Erziehungsbehörden (Art.36).

Um die Strafen bei Mißachtung des Schulpflichtgesetzes geht es in Kap.7. Bei folgenden Verstößen sollen die Verantwortlichen von den örtlichen Regierungen mit administrativen Maßnahmen bestraft werden: Nichteinhaltung der Zeitpläne für die Einführung der allgemeinen Schulpflicht, Unterlassung von Maßnahmen zur

Unterbindung vorzeitigen Schulabbruchs, grundlose Abweisung von Kindern und Jugendlichen, die die für sie zuständige Schule besuchen wollen, Behinderung der Einführung der Schulpflicht durch Vergabe von Schulgebäuden und -höfen für andere Zwecke, Verwendung nicht legal genehmigter Lehrbücher, die schlechten Einfluß ausüben, sowie sonstige Handlungen, die die Durchsetzung der allgemeinen Schulpflicht behindern (Art.38). Strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden die Verantwortlichen, wenn die für die Schulpflichtbildung zur Verfügung stehenden Mittel veruntreut oder anderweitig verwendet werden oder wenn aufgrund mangelnder Aufsichtspflicht Schulgebäude einstürzen und dadurch Lehrer oder Schüler zu Schaden kommen (Art.39). Eltern oder Erziehungsberechtigte, die ihre schulpflichtigen Kinder nicht in die Schule schicken, sollen von den zuständigen örtlichen Regierungen kritisiert und erzogen werden; hilft die Erziehung nichts, wird eine Geldstrafe erhoben oder werden andere geeignete Maßnahmen ergriffen, damit die Kinder die Schule besuchen (Art.40). Wer Kinder im schulpflichtigen Alter als Arbeitskraft einstellt, wird entsprechend den staatlichen Bestimmungen bestraft, die Kinderarbeit verbieten (Art.41). Störung der Ordnung an den Schulen, Beleidigungen oder Schlägen von Lehrern oder Schülern und Besetzung oder Zerstörung von Schulgebäuden oder -inventar werden ebenfalls bestraft (Art.42).

Kap.8 enthält ergänzende Regelungen, u.a., daß diese Vorschriften mit dem Tag ihrer Verkündung in Kraft treten.

Die meisten dieser Vorschriften werden seit Jahren in Teilen Chinas schon angewendet. Nun sind sie für das ganze Land für verbindlich erklärt worden, und jetzt gilt es, sie allgemein durchzusetzen. Gerade hier aber liegt das Hauptproblem, denn viele Lokalregierungen betrachten die Einführung der neunjährigen Schulpflicht nicht als vordringliche Aufgabe, sondern investieren lieber in die Wirtschaft. Eine kürzlich von der Staatlichen Erziehungskommission veranstaltete Arbeitskonferenz über die Durchsetzung der Vorschriften befaßte sich mit genau diesem Thema. Bei dieser Gelegenheit wurden die örtlichen Regierungen und Behörden aufgefordert, zunächst die Kader entsprechend aus-

zubilden und dafür zu sorgen, daß die Bevölkerung mit dem Schulpflichtgesetz und den Durchführungsvorschriften vertraut wird. Es wurde noch einmal das Ziel bekräftigt, bis zum Ende des Jahrhunderts die Grundschulpflicht im ganzen Land und den allgemeinen Besuch der Mittelschulunterstufe im größten Teil des Landes eingeführt zu haben. (RMRB, 29.4.92) -st-

*(17)

Wuhan schafft Schwerpunkt-Mittelschulen ab

Wie verlautet, hat die Stadt Wuhan die Schwerpunkt-Mittelschulen und die einheitlichen Prüfungen für Grundschulabsolventen abgeschafft. Damit hat die Stadt wichtige Teile der Bildungsreform verwirklicht. Die Reformen erfolgten aufgrund einer Erhebung unter 5.000 Schülern in Wuhan, die zeigte, daß die Schüler infolge des Druckes, der durch den Wettbewerb bei den Aufnahmeprüfungen in Schwerpunkt-Mittelschulen entsteht, physisch und psychisch überfordert waren. Nach den neuen Bestimmungen müssen die Schüler eine Schule in der Nähe ihrer Wohnung besuchen. Da das Schulpflichtgesetz die neunjährige Schulpflicht verlangt, muß praktisch jeder Schüler den Übergang zur Mittelschule automatisch erhalten, so daß sich einheitliche Aufnahmeprüfungen erübrigen. Abschlußprüfungen an den jeweiligen Grundschulen sind jedoch weiterhin erforderlich. (XNA, 13.4.92)

Voraussetzung für die Abschaffung der Schwerpunktschulen ist die Angleichung des Niveaus innerhalb einer Schulstufe. Solange der Standard der Schulen zu unterschiedlich ist, haben die Schwerpunktschulen ihre Berechtigung. Das Bestreben der Schulpolitiker geht dahin, die Niveauunterschiede auszugleichen und die Schwerpunktschulen Schritt für Schritt abzuschaffen. -st-

*(18)

Eignungstests für Lehreranwärter

Einer Meldung der *China Daily* vom 3.4.92 (vgl. XNA, 4.4.92) zufolge sollen von diesem Jahr an Eignungstests für alle Kandidaten für Pädagogische Hochschulen durchgeführt werden. Sie werden in Form von Interviews durchgeführt und zusammen mit den Ergeb-

nissen der Kandidaten bei den Hochschulaufnahmeprüfungen berücksichtigt. Mit dem Eignungstest wird das Ziel verfolgt, mehr und besser qualifizierte Kandidaten für den Lehrerberuf zu rekrutieren. Wie es heißt, sollen mehr begabte Mittelschulabsolventen für die Lehrerbildungsanstalten gewonnen werden.

Gerade für Lehreranwärter ist ein Eignungstest grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings liegt der Verdacht nahe, daß angesichts des Lehrermangels die Tests weniger benutzt werden, um die Eignung eines Abiturienten für den Lehrerberuf zu ermitteln, als ihn zum Pädagogikstudium zu überreden. Es ist bekannt, daß fast die Hälfte aller Pädagogikstudenten als ersten Studienwunsch ein anderes Studium angegeben hat (vgl. dazu C.a. 1992/1, Ü 11). Daran wird sich wohl auch durch die Eignungstests nichts ändern, und insofern ist zu bezweifeln, daß die Maßnahme dazu führt, besser qualifizierte Kandidaten zu gewinnen. -st-

Außenwirtschaft

* (19)

Guangzhouer Frühjahrsmesse 1992: Höhere Besucherzahlen bei geringen Umsatzsteigerungen

Die 71. Guangzhouer Exportmesse verzeichnete nach ihrer 16tägigen Veranstaltungsdauer ein Rekordergebnis von 48.600 Besuchern; auf der Herbstmesse 1991 betrug die Besucherzahl 45.400. Insgesamt kamen Geschäftsleute aus 148 Ländern [1991: 129 Länder], einschließlich Vietnam und Israel sowie aus der GUS [Gemeinschaft Unabhängiger Staaten]. Den Hauptteil stellten Hongkonger Besucher mit 23.200 [1991: 24.900], gefolgt von 5.300 taiwanesischen Geschäftsleuten sowie 3.100 Messebesuchern aus Japan.

Während die steigenden Besucherzahlen das weiterhin große Interesse an der Guangzhouer Exportmesse als Zentrum für Informationen und Geschäftsanbahnungen signalisieren, blieb jedoch der erwartete hohe Umsatzzuwachs aus. Insgesamt erreichte das Umsatzvolumen der Frühjahrsmesse lediglich 5,95 Mrd.US\$ und lag

damit um 2% unter den Vertragsabschlüssen der Herbstmesse 1991 von 6,07 Mrd.US\$. Lediglich gegenüber den Abschlüssen auf der Frühjahrsmesse 1991 in Höhe von 5,74 Mrd.US\$ stieg der Umsatz um 3,6%.

Auch auf der 71. Guangzhouer Exportmesse dominierten die Bestellungen aus Hongkong mit 2,09 Mrd.US\$ [Herbst 1991: 2,58 Mrd.US\$], gefolgt von Aufträgen aus der EG in Höhe von 0,77 Mrd.US\$, aus Japan mit 0,41 Mrd.US\$ und den USA mit 0,39 Mrd.US\$. Der verbleibende Anteil am Umsatzvolumen von 2,29 Mrd.US\$ entfiel hauptsächlich auf südostasiatische Unternehmen aus Taiwan, Singapur, Malaysia, Indonesien und Thailand; mit den GUS kamen keine Auftragsabschlüsse zustande.

Bei der Aufteilung des Umsatzvolumens nach Produktgruppen entfiel auf Textilien und Bekleidung mit 1,2 Mrd.US\$ der größte Anteil, gefolgt von leichtindustriellen Produkten, Getreide, Nahrungsmitteln, Speiseöl, Haushaltsgeräte und -artikeln, Metallprodukten, Spielwaren, Handwerkszeug, Kunstgegenstände sowie chemischen Vor- und Zwischenprodukten mit Vertragsabschlüssen zwischen 0,1-0,5 Mrd.US\$. (NfA, 7.5.92; SCMP, 15.4.92; XNA, 16.4.92) -schü-

* (20)

China wünscht stärkeres Engagement Japans

In Vorbereitung zu den Feiern zum Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und der Volksrepublik China fanden in den letzten Wochen eine Reihe von Gesprächen zwischen hochrangigen Vertretern beider Länder aus Politik und Wirtschaft statt.

Bei seinem Besuch in Tokyo Anfang April forderte der chinesische Parteivorsitzende Jiang Zemin eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Japan und China. So seien die japanischen Direktinvestitionen deutlich niedriger als die US-amerikanischen Unternehmen. Vor allem in den Bereichen Energie- und Rohstoffherzeugung, Transport und Kommunikation sowie beim Technologietransfer zur Modernisierung der Industrie wünsche sich China eine intensivere Kooperation.

Beim Besuch Jiang Zemins ging es auch um die Bereitstellung des im April 1989 ausgehandelten dritten Wirtschaftskredits in Höhe von 700 Mrd. Yen [8,6 Mrd.DM], der für die Exploration von Erdöl- und Steinkohlevorkommen bestimmt ist. Bereits 1979 und 1984 hat China derartige Kredite in Höhe von 420 Mrd. Yen und 580 Mrd. Yen erhalten. Weiterhin wünscht die chinesische Seite eine Erhöhung der Leistungen japanischer Entwicklungshilfe um 20% auf 150 Mrd. Yen für den Ausbau des Fernmeldenetzes zwischen Beijing und Harbin [Provinz Heilongjiang]. (HB, 9.4.92; FAZ, 7.4.92)

Die wertmäßige Entwicklung der japanischen Direktinvestitionen zeigt bereits eine rasche Zunahme im Jahre 1991 um 52% gegenüber 1990 auf rund 700 Mio.US\$. Gleichzeitig stieg die Zahl japanischer Investitionsprojekte um 47% auf knapp 500. Der Hauptanteil der Direktinvestitionen entfällt auf die Küstenprovinzen Guangdong, Fujian und Jiangsu. (NfA, 8.4.92) Der akkumulierte Wert der vertraglich festgelegten japanischen Direktinvestitionen soll sich bis September 1991 auf 3,07 Mrd. belaufen haben. (XNA, 19.4.92)

Für 1992 wird eine weitere Steigerung der Direktinvestitionen erwartet. So haben führende japanische Elektronikunternehmen bereits eine Ausweitung ihres Investitionsengagements in China angekündigt. Vier größere Joint Ventures werden zwischen Mai 1992 und Frühjahr 1993 ihre Produktion aufnehmen. Hierzu zählt beispielsweise die Wuhan NEC Fiber Optic Communications Industry Co. mit einer Beteiligung von NEC und Sumitomo von 35% und 14%. Das japanische Unternehmen Fujitsu wird sich im Bereich der Fernmeldetechnik mit 40% an der Nanjing Telecommunications Equipment Co beteiligen. Sony und Matsushita planen eine Kooperation mit chinesischen Unternehmen bei der Herstellung von Videorekordern. (NfA, 24.4.92)

Auch die Handelsbeziehungen zwischen Japan und China haben sich im letzten Jahr wieder verbessert. Einem Bericht des japanischen Handelsministeriums zufolge betrug das bilaterale Handelsvolumen 22,81 Mrd.US\$ im Jahre 1991; der chinesische Handelsbilanzüberschuß machte 5,63 Mrd.US\$